

# Breslauer Zeitung.



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnement 5 Sgr., außerhalb incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inserionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeile in Beilage 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expeditio: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 354. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 1. August 1874.

## Deutschland.

**Berlin, 31. Juli.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Superintendenten und Kreis-Schul-Inspector, Pfarrer Noeldechen zu Gracon, Kreis Jerichow I., den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, und dem Rechtsanwalt und Notar v. Schenk zu Arnberg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Der Geheime Registratur-Assistent Richard Santer ist zum Geheimen Registratur-Assistenten im Geheimen Civil-Cabinet Sr. Majestät des Kaisers und Königs ernannt worden.

Dem bisherigen Bau-Accessisten Friedrich Cramer zu Langenschwalbach ist, unter Belassung seines gegenwärtigen Titels als königlicher Bau-Inspector, die bisher commissarisch von ihm verwaltete Kreis-Baumeisterstelle für den Unterraum-Kreis daselbst definitiv verliehen worden.

[Se. Majestät der Kaiser und König] machte bei günstigem Wetter am 29. d. Mts. eine Spaziersfahrt nach Hofgastein und nahm dort das Diner ein, zu welchem u. A. der Statthalter von Salzburg, Graf Thun, und der Geheime Legationsrath Graf Lehndorff-Steinort Einladungen erhalten hatten.

Ueber Sr. Majestät Rückkehr aus Gastein sind die definitiven Bestimmungen dahin getroffen, daß die Abreise auf Freitag, den 7. k. M. früh 8 Uhr aus Gastein mittelst Extrapost erfolgt. Se. Majestät werden das Diner in Wien um 1 Uhr einnehmen und Abends 6 1/2 Uhr in Salzburg eintreffen. Von dort findet die Weiterreise am 8. k. M., Morgens 8 Uhr 30 Minuten statt, Se. Majestät werden um 12 Uhr 30 Minuten in Passau dejeuner, Nachmittags 1 Uhr 15 Minuten über Regensburg weiterfahren und Abends 7 Uhr in Eger eintreffen. Am 9. k. Mts., Morgens 8 Uhr 15 Minuten, erfolgt die Abreise aus Eger über Reichenbach und Leipzig, um 2 Uhr 16 Minuten die Ankunft in Wittenberg, wo das Diner eingenommen wird.

In Berlin treffen Se. Majestät um 4 Uhr 50 Minuten auf dem Berlin-Anhalter Bahnhof ein, von wo Allerhöchstdieselben sich direct nach der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn begeben werden, wo ein Extrazug bereit stehen wird, um Se. Majestät bis Neuendorf (Babelsberg) zu fahren.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern nach Portsmouth und von da nach Goodwood, wo Höchstersele mit Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin von Wales dem Wetrennen beimohnte. Gestern Abend ist der Kronprinz nach Ryde auf der Insel Wight zurückgekehrt.

[Die neueren Nachrichten über die Absendung eines deutschen Geschwaders in die spanischen Gewässer] bestätigen unsere Mittheilungen. Diese von der deutschen Reichsregierung beschlossene Maßregel wird von allen Organen der Presse, natürlich mit Ausnahme der ultramontanen Blätter, als eine durch die Situation nicht allein vollkommen erklärliche, sondern schlechthin gebotene bezeichnet. Die „Köln. Ztg.“ sagt mit Recht, es könne davon nur Abstand genommen werden, wenn den berechtigten Ansprüchen Deutschlands an Spanien auf andere Weise genügt werden könnte, was natürlich nicht der Fall ist. Einen etwas verschämten Bundesgenossen hat die ultramontane Partei an der „Kreuzzeitg.“ erhalten; sie reproducirt die Stimmen der Presse in Bezug auf die spanischen Wirren und erklärt zwar, daß das Verfahren der Carlisten gegen Hauptmann Schmidt nicht zu billigen sei, aber an eine Intervention dürfe nicht gedacht werden. Es sei doch nicht anzunehmen, daß gegenüber dem Nicht-Interventions-Prinzip und der Desavouirung des Capitän Berner die deutsche Regierung nun das Gegenstück jenes Princips thun werde. Aber es ist nicht zu bezweifeln, wie die „Kreuzzeitung“ überhaupt glauben kann, es handle sich um ein Abgeben vom Nicht-Interventions-Prinzip. Wie wir hören, ist ja auch bei der Absendung des Geschwaders kein anderer Grund maßgebend gewesen, als in erster Linie der durch die spanischen Verhältnisse allerdings sehr nahe gelegten Besorgnis vor den Gefahren, welche dem Leben und Eigenthum der deutschen Staatsangehörigen in Spanien drohen, möglichst entgegenzuwirken. Dahin werden ja auch wohl die Instructionen lauten, welche dem Befehlshaber des Geschwaders zu ertheilen sind. Auch von andern Ländern kommen Zustimmungen; so äußert sich die „Opinion“ billigend darüber und erstärt, daß Verhandlungen mit den Großmächten im Gange seien, dort auch ihrerseits Kriegsschiffe kreuzen zu lassen, aber nicht zur Intervention, sondern nur zum Schutz der bezüglichen Staatsangehörigen, und würde sich danach also nicht Italien allein billigend und mitwirkend anschließen. Sollte das aber auch nur die unmittelbare Aufgabe sein, so wird doch die Sendung selbst eine über dieselbe hinausgehende Wirkung sicher nicht verfehlen.

[Das Obertribunal über das politische Vereinswesen.] Auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 hat sich die Judicatur des Ober-Tribunals wiederholt mit dem politischen Vereinswesen beschäftigt und eine Reihe von streitigen Punkten durch Judicate endgültig normirt. Der „Staatsanz.“ nimmt Veranlassung, dieselben wie folgt zusammenzustellen.

Die Erörterung des rechtlichen Verhältnisses zwischen der Staatsgewalt und den Ultramontanen ist eine politische Frage. (Erl. d. kgl. Ob.-Trib. v. 13. 6. 66. Oppenhoff, Rechtsprechungen. Band VII. S. 353.)

Gerade eine derartige Unterjochung aber schließt das, von dem § 17 (des Gesetzes v. 12. 5. 51) bezeichnete Gebiet des „Politischen“ nicht aus. Eine gesetzliche Definition hierfür ist zwar nicht vorhanden, und auch die Entstehungsgeschichte des allegirten Gesetzes bietet keinen genügenden Anhalt dar. In der Rechtsprechung des königlichen Ober-Tribunals hat in Fällen, in welchen die Bedeutung dieses Begriffes zur Sprache kam, namentlich in den Erkenntnissen vom 19. Februar 1864 contra Falkon, sowie vom 7. April 1855 contra Rosenreter (S. A. I. S. 380) anerkannt, daß unter politischen Gegenständen auch solche zu verstehen sind, welche die rechtlichen Verhältnisse der Staatsgewalt gegen die Ultramontanen, und umgekehrt, betreffen.

Es wäre demgemäß Sache des Appellationsrichters gewesen, fernerweit festzustellen, ob dies vorausgesetzt, nach den sonstigen obwaltenden Umständen der incriminirte Artikel einen politischen Gegenstand umfaßt.

Das Verbot, nach welchem ein Verein, welcher politische Gegenstände zu erörtern bezweckt, nicht mit andern Vereinen „gleicher Art“ in Verbindung treten darf, wird anwendbar, sobald der andere Verein ebenfalls die Erörterung politischer Gegenstände bezweckt.

Die Schließung eines politischen Vereins kann (beziehungsgleich) ausgesprochen werden, sobald ein Vorsteher desselben aus den §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 bestraft wird; es bedarf dazu nicht der Einleitung eines Verfahrens gegen den Verein selbst oder seinen Vorstand.

(Erl. d. kgl. Ob.-Tribun. vom 26. Februar 1873. Oppenhoff, Rechtsprechungen Band XIV. S. 172.)

Nicht eine Gleichartigkeit der Vereine nach allen Richtungen hin ist im § 8 vorausgesetzt, sondern nur eben in derjenigen Richtung, welche die Vereine als politische charakterisirt und aus diesem Grunde für sie die besonderen Beschränkungen des § 8 cit. nothwendig erscheinen ließ. Die etwa nebenhergehenden Zwecke berühren die Bedeutung der Vereine, insoweit sie durch die Beschränkungen des § 8 getroffen werden sollten, nicht und sind daher in Bezug auf diese gesetzliche Bestimmung gleichgültig. Unter den Litt. 1 des § 8 bezeichneten „Vereinen gleicher Art“ können nur solche gemeint sein, wie sie im Eingange des § 8 bezeichnet waren.

Der (fernere) Angriff, welcher darauf beruht, daß ein Strafverfahren, dessen Resultat die Schließung eines Vereins sein solle, gegen sämtliche Vorstandsmitglieder gerichtet werden müsse, findet weder in den Strafgesetzen, noch in den Strafprozeßgesetzen einen Anhalt; vielmehr ist nach § 16 des Vereinsgesetzes die Schließung des Vereins nur von der objectiven Feststellung der Voraussetzungen des § 8 ibid. abhängig, welche Feststellung die nothwendige oder facultative Schließung zur Folge hat. Die Frage, inwiefern den einzelnen Vorstandsmitgliedern die Kenntniß von der Existenz der Verbindung beigegeben habe, interessirt nur in Bezug auf die Prüfung der Strafbarkeit der Personen, nicht in Bezug auf die Prüfung, ob der Verein zu schließen sei oder nicht. Die Verschuldung des gegenwärtig Angeklagten wird — unter der Voraussetzungen, daß die vom Gesetze verbundene Verbindung der Vereine bestanden hat — durch jene Frage nicht berührt, da bezüglich seiner Person die Kenntniß der Verbindung nach den tatsächlichen Feststellungen der Instanzrichter außer Zweifel steht.

1) Die in einem Straferekenntniß ausgesprochene „Schließung eines politischen Vereins“ kann nur von demjenigen Angeklagten durch ein Rechtsmittel angefochten werden, welche jenem Vereine angehört haben.

2) Der Ausspruch einer solchen „Schließung“ wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Verein sich inzwischen bereits selbst aufgelöst hatte.

(Erl. d. Ober-Tribun. vom 19. 11. 73. Oppenhoff, Rechtsprechungen Bd. XIV. S. 731.)

Ob die Schließung des Volksvereins zu Sch. durch die erstinstanzrichterliche Feststellung gerechtfertigt wird, diese Frage muß unerörtert bleiben, weil keiner der jetzigen Imploranten als Vorsteher oder Leiter des Sch.-r Vereins verurtheilt ist und es ihnen daher an der Legitimation fehlt, bezüglich der Schließung dieses Vereins ein Rechtsmittel einzulegen. Insbesondere kann es aus diesem Grunde auf eine Beantwortung der von den Imploranten aufgeworfenen Frage nicht ankommen: ob die Schließung eines Vereins eine accessorische Strafe sei, welche nur gleichzeitig mit der Verurteilung der Vorsteher etc. erfolgen könne oder, wie der Appellationsrichter meint, eine Sicherheitsmaßregel polizeilicher Natur, welche prozessualisch auch ohne Zuziehung der Vorsteher etc. angeordnet werden könne.

Auf die Verurteilung der Imploranten und auf die Schließung der von ihnen vertretenen Vereine hat die angefochtene Ansicht des Appellationsrichters keinen Einfluß geübt, die entsprechende Ausführung betrifft lediglich den Sch.-r Verein, in Bezug auf dessen Schließung das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde von einem hierzu legitimirten nicht eingelegt worden ist.

Endlich ist die Annahme des Appellationsrichters, daß die freiwillig erfolgte Auflösung des Sch.-r Vereins die sonst gebotene Schließung desselben durch Erkenntniß nicht überflüssig mache, durchaus begründet, da die Wiedereröffnung eines freiwillig geschlossenen Vereins von der Einwirkung der Staatsgewalt (§ 16 a. a. D.) unabhängig sein würde, auch nach § 8 Abs. 2 a. a. D. über die polizeilich erfolgte Schließung eines Vereins stets definitiv durch Erkenntniß zu entscheiden ist.

Eine Mehrheit von Personen, welche vermöge eines Uebereinkommens sich unter Leitung für längere oder kürzere Zeit zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten vereinigt hat, ist ein politischer Verein im Sinne des Gesetzes vom 11. März 1850. Ob dieses anzunehmen sei, ist nicht bloß nach den „Statuten“ des Vereins, sondern nach dem tatsächlichen Sachverhalt zu beurtheilen.

(Erl. d. Ober-Trib. (3. II.) v. 30. 3. 74. Oppenhoff, Rechtsprechungen. Bd. XV. S. 209.)

Das Ober-Tribunal erwägt: daß die gesetzlichen Merkmale des Vereinens gegen den § 8 b, beziehungsweise 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 ersichend gegen die Beschuldigten festgestellt sind; daß diese Feststellung auch nicht auf rechtsirrtümlicher Auffassung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes beruht, insbesondere der Begriff eines politischen Vereins im gesetzlichen Sinne von ihm nicht verkannt ist; daß, da das Vereinsgesetz den gesetzlichen Begriff eines politischen Vereins nicht näher definiert hat, hierunter, wie der Appellationsrichter mit Recht angenommen hat, nur die Vereinigung einer Anzahl von Personen verstanden werden kann, welche zufolge eines Uebereinkommens unter einer Leitung für eine gewisse Zeit eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken; daß, indem durch den § 2 des Gesetzes die Vorsteher politischer Vereine verpflichtet werden, Statuten vorzulegen, hiermit nur die Verpflichtung solcher Vereine gesetzlichen Ausdruck erhalten hat, sich über ihren näheren Zweck der zu ihrer Ueberwachung berufenen Orts-Polizeibehörde gegenüber auszuweisen;

daß aber, so wenig die vorzulegenden Statuten maßgebend und bindend sein können, für die behördliche Beurtheilung, die wirklichen Zwecke vielmehr von der Behörde selbstständig unter Berücksichtigung aller zu ihrer Kenntniß gelangten Thatsachen, namentlich der zu constatirenden Thätigkeit des Vereins, beurtheilt und festgestellt werden müssen, ebenjowenig die statutenmäßige Organisation, welche der Verein sich selbst gegeben hat, oder gemäß welcher die im Verleide der Orts-Polizeibehörde befindlichen Mitglieder einen gewissen, größerem, örtlich nicht begrenzten Vereine beigetreten sind, als entscheidende Grundlage für die Beurtheilung, ob diese Mitglieder nicht gleichwohl einen Verein im gesetzlichen Sinne unter sich bilden, anerkannt werden kann;

daß es vielmehr für die Prüfung, ob ein politischer Verein an einem gewissen Orte sich gebildet hat, der Behörde gegenüber nur darauf ankommt, ob thatsächlich an demselben Ort in der angegebenen Weise eine Mehrzahl von Personen vereinigt hat, um an diesem Orte oder von demselben aus in einem mehr oder weniger bestimmten Umkreise auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken;

daß die zu entscheidende Frage sich als eine wesentlich thatsächliche darstellt, das Gesetz auch nirgends das Erforderniß einer genauer bestimmten Abgrenzung eines solchen Vereins gegen andere ähnliche Vereine und bezüglich der Personen, welche sich von außerhalb seinem Zwecke anschließen möchten, aufstellt, auch in dieser Hinsicht vielmehr alles der tatsächlichen Beurtheilung im concreten Falle überlassen bleiben muß;

daß der App.-Richter sich sonach mit Recht auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Frage, ob die Verbindung einer Anzahl Personen zur Erreichung gemeinsamer Zwecke als eine einheitliche, oder als eine in Abzweigungen geliderte zu erachten, nicht nach dem Wortinhalt der Statuten, sondern nach den tatsächlichen Erscheinungen zu beurtheilen sei;

daß von diesem richtigen Standpunkte aus die am Schlusse seiner Erwägungen zum Ausdruck gebrachte, in ihrer tatsächlichen Begründung der Kritik des Cassationsrichters nicht unterliegende Ueberzeugung, daß aus den in seinem Erkenntniß näher dargelegten Thatsachen die Kriterien eines besondern, für A. gegründeten politischen Vereins hervorgehen, zu dessen Leitern der Beschuldigte gehörte und dessen Verbindung mit dem Hauptverein zu M. von ihm unterhalten wurde, die Anwendung der Strafbestimmung des § 16 des Vereinsgesetzes gegen den Beschuldigten zur Folge haben mußte.

[Staatsliche Genehmigung zu kirchlichen Bauten.] Vom Cultusministerium ist jüngst an sämtliche Regierungen (mit

Ausnahme derer zu Sigmaringen, Kassel, Wiesbaden und Schleswig) eine Verfügung, betreffend die staatliche Genehmigung zu kirchlichen Neubauten, ergangen, welche, schon an sich von principieller Wichtigkeit, dadurch noch eine besondere Bedeutung erhält, daß sie mit einer bald fünfundsingzigjährigen Uebung bricht. Der Wortlaut ist folgender:

„Nach Erlaß der Verfassungs-Urkunde ist in mehreren diesseitigen Verfügungen gegenüber den Bestimmungen des § 176 Tit. 11 Theil II. des Allgemeinen Landrechts und im Artikel 44 zur Convention vom 26. März 1848. ausgesprochen, daß für Kirchenbauten eine besondere Staatsgenehmigung, soweit solche früher aus der staatlichen Kirchenhoheit und Kirchen-Aufsicht abgeleitet wurde, nicht mehr erforderlich sei und daß es einer Mitwirkung des Staates nur insofern noch bedürfe, als die Errichtung gottesdienstlicher Gebäude mit einer Beihilfe aus Staatsmitteln erfolgen sollte, oder wenn die Mittel zum Bau zwangsweise von den Personen, für welche das Gebäude bestimmt sei, eingegeben, oder wenn demselben die Rechte einer Pfarrkirche beigelegt werden sollten. Diese Auffassung hat jedoch bei wiederholter Prüfung der einschlagenden Rechtsfrage als zutreffend nicht anerkannt werden können, weshalb ich mich veranlaßt sehe, von derselben abzugehen. Die gedachten Vorschriften des Allg. Landrechts und des französischen Rechtes sind ein Ausfluß der negativen Befugnisse, auf welche der Staat gegenüber den Religionsgesellschaften bei Erlaß der Verfassungsurkunde, wie auch in den von dem damaligen Minister der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten unter dem 15. December 1848 veröffentlichten Erklärungen der betreffenden Artikel der letzteren angeführt ist, nicht berichtigt hat. Wenn erzwungen wird, wie die Errichtung neuer Kirchen einerseits die Interessen sowohl der betreffenden Parochianen als auch anderer schon vorhandener Kirchensysteme schädigen kann und andererseits mit den Parochial-Regulirungen in untrennbarem Zusammenhang steht, so läßt sich nicht verkennen, daß durch die Errichtung neuer Kirchen das Staats-Interesse nahe berührt wird. Hierzu kommt, daß nach § 18. Tit. 11. Th. II. des Allg. Landrechts die von den ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften zur Ausübung ihres Gottesdienstes genöthigten Gebäude als privilegirte Gebäude des Staats anzusehen sind, daß dieselbe nach § 174 a. a. D. von den gemeinen Lasten des Staates befreit bleiben und daß sie alle Vorrechte der dem Staate zustehenden öffentlichen Gebäude genießen. Es muß daher die Vorschrift des § 176 a. a. D., wonach neue Kirchen nur unter ausdrücklicher Genehmigung des Staates gebaut werden dürfen, ebenso wie allen denjenigen Bestimmungen, welche dem kirchlichen Vermögens-Erwerbe gesetzlich bestimmte Schranken anweisen, ein wesentlich regressiver Charakter beigelegt werden, so daß eine Aufhebung des § 176 durch Art. 15 der Verfassungs-Urkunde nicht angenommen werden kann. Die königliche Regierung sehe ich hierin, nach vorgängigem Benehmen und im Einverständniß mit dem Herrn Minister des Innern zur Nachachtung mit dem Bemerken in Kenntniß, daß den bischöflichen Behörden von dem Herrn Oberpräsidenten entsprechende Mittheilung gemacht wird. Ueber die Ertheilung der zur Errichtung gottesdienstlicher Gebäude erforderlichen Staats-Genehmigung zu befinden und im Falle einer Verfassung die zur Durchführung des Gesetzes, bezw. zur Inhibirung des Baues geeigneten Maßregeln zu treffen, bleibt zunächst der königl. Regierung überlassen. In Vertretung: (ges.) Sydow.“

[Pfarrer Hautbaler.] Der „Bair. Cour.“ veröffentlicht eine nicht gerade für eine hohe Intelligenz des Einsenders Zeugniß gebende Zuschrift des Pfarrers Hautbaler (hoffentlich die letzte in dieser Angelegenheit). Der Pfarrer schreibt:

„Der Endesgefertigte findet sich bei der fortgesetzten feindlichen Gesinnung „des Telegraphen“ (den der gute Mann der oft gebrauchten Redensart „der Telegraph“ wegen für eine Zeitung hält und anderer Blätter genöthigt zu erklären, daß er vor dem Attentate und am Orte desselben weder mit Kullmann, noch mit jemand Anderem gesprochen habe und er muß Zeugen, seien es einer oder mehrere, welche dieses eidlich behaupten, für ehrlöse Menschen bezeichnen, welche entweder bestochen oder aus Parteilichkeit sich so weit vergehen, daß sie auf eine offensbare Unwahrheit einen Eid ablegen, was kein Mensch von nur einiger Gewissenhaftigkeit, mag er was immer für einer religiösen Consequenz angehören, zu thun sich entschließen kann. Was die Behauptung betrifft, daß ich meine Haftentlassung nur dem günstigen Zeugnisse meiner geistlichen und weltlichen Oberen verdanke, so mache ich bloß darauf aufmerksam, daß die persönliche Vernehmung meines Herrn Hilfspriester Franz Thanner und meiner Häuerin zu Ruffein vor dem dortigen k. k. Bezirksgerichte am 17. Juli stattfand, also am Tage, wo ich bereits freigesprochen und zwischen Würzburg und München auf dem Wege war. Wie könnten da die Hauptberichte von „seiner Gerichtsbehörde über seinen Leumund und Ursache seiner Freisprechung“ sein? Schließlich muß ich noch bemerken, wenn es der „Telegraph“ nicht unter seiner Würde findet, einen bejahrten katholischen Geistlichen (der in der friedlichsten Absicht Baierns vorzüglichere Städte sehen will, und auf dessen zu Hause verfaßten Reiseroute Kijingen stand, ehe man wußte, daß Thier Bismard dort hin kommen werde) als Mitthelfer eines Mörders zu verdächtigen, doch Anstand nehmen sollte, auf solche Weise auch den Gerechtigkeitssinn und das Rechtsverfahren der königlich bairischen Justizbeamten in Frage zu stellen. Aber „der Jähredichste der Schreden ist der Mensch in seinem Wahn.“ (Schiller.) Sigmund Hautbaler.“

[Die ultramontane Organisation in Berlin] hat einen neuen Fortschritt gemacht durch die am Donnerstag Abend vollzogene Constatuirung des „Berliner Vereins der Centrumpartei.“ Schon bei den letzten Reichstagswahlen wurde eine festere politische Vereinigung der hiesigen Katholiken ins Auge gefaßt, und wenn der Gedanke damals nicht sofort realisiert wurde, so geschah dies wohl nur aus dem Grunde, weil die bestehenden katholischen Vereine eine genügende Grundlage für die gemeinsame politische Operation abgaben. Nach der Schließung der meisten katholischen Vereine trat jedoch die Nothwendigkeit der engeren Zusammenfassung wieder dringender an das am Schlusse der Wahlcampagne gewählte prohibitive Comité heran, und so versammelten sich denn, zusammenberufen durch ein Insuper in der „Germania“, etwa 6-700 Katholiken, unter ihnen der unvermeidliche „Graue im Vorne“, der Leiter der Klostersturm-Versammlungen und der Führer der Socialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Hasselmann. Der vorgelegte Statutenentwurf wurde en bloc einstimmig angenommen, auch Herr Hasselmann stimmte dafür. Der Zweck des Vereins wird im § 1 des Statuts dahin präcisiert, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen und nach Maßgabe des Programms der Centrumpartei auf dieselben einzuwirken. Die Mitgliedschaft ist bloß von der Zahlung des Monatsbeitrages von 2 1/2 Sgr. abhängig, das religiöse Bekenntniß ist irrelevant, aber der Vorstand entscheidet selbständig über Aufnahme und Ausschluß. — § 4 des Statuts sagt: „Außer in Versammlungen bethätigt sich die Wirkung des Vereins in A. b. theilungen, zu welchen die Mitglieder nach eigener Wahl zusammenzutreten, um bestimmte Gebiete des politischen, socialen und wissenschaftlichen Lebens sachgemäß zu behandeln. Das Nähere setzt die Geschäftsordnung fest.“ Den Zweck dieser „Abtheilungen“ erläuterte der Redacteur der „Germania“ Herr Cramer in längerem Vortrage. Es sollen danach die Ultramontanen den liberalen Gegnern auf das Gebiet der sog. modernen Aufklärung folgen, um zu beweisen, daß sie keine kulturfeindlichen Tendenzen verfolgen, sondern sich von der „Kultur“ genau so viel aneignen, wie ihnen paßt, daß die Ultramontanen nicht gleich nach der Geburt auf den Kopf fallen, daß sie sehr wohl einsehen, wie die viel gerümpelte Weisheit der Gegner oft nur eitler blauer Dunst ist und wie sie nur zu oft über Dinge sprechen, die sie gar nicht verstehen. Da nun aber die Gemes viel feltener sind als die ungenirten Leute, so solle durch das moderne Princip der Arbeitheilung in den Abtheilungen des Vereins jeder die Möglichkeit erhalten, sein Licht leuchten zu lassen. Nach den letzten Vorgängen der Neuzeit seien die Katholiken verpflichtet und gezwungen, öffentlich Farbe zu bekennen und die Ansichten ihrer Partei zur Herrschaft zu bringen. Er wolle der Versammlung nicht die Schmach anthun, auf den Vorwurf einzugehen, welcher der ultramontanen Partei aus dem Kijinger Attentat gemacht wird, aber die daraus auf politischem Gebiete erwachsenden Consequen-

zen müsse man ziehen und vor allen Dingen dafür sorgen, daß der Geist der Verfassung erhalten bleibt und das Vereinsrecht nicht verkümmert wird. Daß man sich aber mit solchen Gedanken trage, spreche die „Nat.-Ztg.“ in ihrer Nr. 349 ganz unüberholbar aus, ja sie gehe sogar soweit, der ultramontanen Presse die Infamie unterzuschieben, sie drohe mit der Verwandelung der katholischen Vereine in Geheimbünde. Diese Behauptung erklärte er öffentlich und feierlich für eine Unwahrheit. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ lasse gleichfalls das Verlangen nach Aenderung des Vereinsgesetzes durchblicken, ja das offizielle Organ beschuldige sogar die Behörden, daß sie ihre Schuldigkeit den katholischen Vereinen gegenüber nicht gethan haben. Das Blatt wisse eben gar nicht, daß ein glaubensstreuer Katholik, der seinen Katechismus kennt und befolgt, gar nicht gegen das Gesetz verstoßen kann, vorausgesetzt, daß das Gesetz nicht gegen sein Gewissen geht. Die „Prov.-Corresp.“ und die „Köln. Ztg.“ bezeichnete Herr Cremer als unter aller Kritik stehend und darauf wandte er sich zu der bei ihm vorgekommenen polizeilichen Hausdurchsuchung. Da er nicht annehmen dürfe, daß die Polizei ihn für einen Complicen Kullmann's halte — denn Kullmann ist ein ausgemachter Lump, das wissen wir ja Alle — habe er den Motiven nachgespürt und dabei in Erfahrung gebracht, man habe ihn im Verdacht, mit dem berühmten Astronomen Vater Seccchi in Rom zu dem Zwecke in Verbindung getreten zu sein, den Durchgang der Venus durch die Sonne zu verhindern und damit die Regierung zu ärgern, daß sie das schöne Geld für die Beobachtungs-Expedition in den Dreck geworfen hat. — Selbstverständlich übt der „Wis.“ seine Wirkung.

[S. M. Brigg „Kober“] anterte am 29. Juni cr. im Hafen von Halifax und beabsichtigte von dort aus gegen Ende Juli cr. direct nach Plymouth zu gehen. An Bord Alles wohl. (Staatsanz.)

**Posen, 31. Juli.** [Berichtigung.] Die von polnischen Zeitungen ausgegangene, auch von uns erwähnte Nachricht von einer panslavistischen Propaganda durch einen russischen Geheimrath beschränkt sich, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, nach eingezogener zuverlässiger Erkundigung auf Folgendes:

Der Wirkl. Staatsrath Dr. v. Zzebelski, früher kaiserlicher Postdirector in Jekaterinograd und Sectionsvorstand im General-Postamt, benutzt seinen Ruhestand, um in Deutschland wissenschaftliche Studien zu betreiben und insbesondere die neueren deutschen Posteinrichtungen zu studiren. Während seines Aufenthaltes in Berlin ist er vielfach von bedürftigen Polen angesprochen worden und hat sich mit einer ziemlich ansehnlichen Summe nach dieser Seite hin abgegeben. Andererseits ist er als Katholik zu einem hiesigen katholischen Verein eingeladen worden und hat dort Gelegenheit genommen, das Wohlwollen und die Einsicht der jetzigen russischen Verwaltung zu rühmen, verschiedene able Nachrichten gegen dieselbe als unwahr zu bezeichnen und die Polen zu einer loyalen Unterwerfung unter das russische Regiment zu ermahnen. Beide Umstände sind durch Mißverständnisse der Correspondenten zu einer panslavistischen Agitation combinirt worden, für welche die katholischen Vereine Berlins und ein pensionirter hochbejahrter russischer Postbeamter wohl niemals ein geeignetes Material ergeben werden. In jedem Falle werden aus wohl unterrichteten Kreisen die wissenschaftlichen und administrativen Bestrebungen des Herrn Vincent von Zzebelski als durchaus ehrenwerthe und an jeder panslavistischen Agitation völlig unschuldige bezeichnet.

**Köln, 30. Juli.** [Der König von Hawaii] (Sandwichs-Inseln) wird demnächst Europa besuchen. In einem hiesigen Hotel ist eine große Anzahl Räume für die australische Majestät und ihr Gefolge bestellt worden. Der Tag der Ankunft steht noch nicht fest, dürfte aber in die Mitte des August fallen. (R. B.-Z.)

**Trier, 28. Juli.** [Verhaftung eines renitenten Priesters.] Die „Trier. Ztg.“ berichtet Folgendes: „Herr Schneiders, zuletzt (gesperrter) Hülfsgesellener zu St. Laurentius hier selbst, seit dem 15. d., weil er sich dem Vollzuge der gegen ihn durch Urtheil des königlichen Justizpolizeigerichts vom 18. April d. J. wegen Vergehen gegen das Gesetz vom 11. Mai 1873 erkannten Gefängnißstrafe von zwei Monaten durch die Flucht entzogen hat, stechtrieflich verfolgt, wurde gestern unter eigenthümlichen Umständen hier verhaftet und nach der Strafanstalt abgeführt. Ueber seine feithergigen merkwürdigen Erlebnisse hören wir Folgendes: Vor vierzehn Tagen, am Sonntag, den 12. d., fuhr ein elegant gekleideter Herr, dessen Anzug u. A. aus weißer Hose, hellgrauem Rock mit Sammetragen, melirtem Strohhut u. s. w. bestand, gerade vor dem Hochamt, per Droschke an der Kirche St. Laurentius vor, stieg dort aus, huschte sinken Schritte durch das Gitterthor in die Sacristei, und sogleich stand er, Herr Schneiders, im Priestergewand vor dem Hochaltar, celebrierte die Messe und verschwand darauf durch die Nebenthüre. Gestern, am Sonntag, den 26. d., wurde derselbe Act in gleicher Weise von ihm wiederholt, aber mit weniger glücklichem Erfolg. Die Polizei, welche in Folge des erlassenen Steckbriefes auf den Flüchtling zu vigiliren hatte, war ihm auf die Spur gekommen. Als er diesmal nach dem Hochamt mit Herrn Pastor Classen nach dem Pfarrhause ging, wurde er verhaftet, und nachdem er noch beim Herrn Pastor eine Tasse Kaffee genommen, nach der Strafanstalt abgeführt. Auf diesem Wege entwickelte sich nun eine höchst unpassende Demonstration. Aus dem Dome, aus der Laurentiuskirche und aus der Stadt strömte eine unzählige Menge zusammen. Außer lauem Weinen hörte man auch starke Aeußerungen der Mißbilligung dieser Maßregel. Die Polizeimannschaft wurde mit Schimpfen, zuletzt sogar mit Steinwürfen verfolgt. Und als der Verhaftete in die Thüre der Strafanstalt eintrat, ertönte ein wiederholtes, lange andauerndes Hurra aus der Volksmenge, welche den ganzen Tag vom Domstreichhof bis an die Strafanstalt erfüllte. Nur der großen Umsicht des Herrn Polizeicommissars Schneider, unter dessen Leitung diese Verhaftung und Abführung stattgefunden, ist es zu verdanken, daß nicht weit größere Excesse vorgekommen sind; derselbe beugte letzteren dadurch vor, daß er mit der Polizeimannschaft durch eine Seitenthür die Strafanstalt verließ, und anstatt durch die aufgeregte Menge zu gehen, sich auf einem anderen Wege zum Polizeiamt zurückbegab.

**Aus der Grafschaft Erbach, 29. Juli.** [Der Streit über die Kirchen-Versaffung] nimmt dormalen auch in hiesiger Gegend größere Dimensionen an. In Höttersbach erschien der Decan Neg von Beerfelden, um die neue Kirchen-Versaffung der Gemeinde zu publiciren; der dortige Pfarrer verweigerte aber als Gegner der Versaffung die Herausgabe der Schlüssel zur Kirche und wurde deshalb suspendirt. Gestern verfügte sich in Folge einer beim Bezirks-Strafgerichte Michelstadt gepflogenen Verhandlung wegen Beleidigung, bezw. Ehrenkränkung des Kirchen-Vorstandes in Schöllensbach auf Antrag des Staatsanwaltes das großh. Landgericht daselbst mit Zuziehung zweier Urtheils-Personen in die Wohnung des dortigen Pfarrers und nahm eine Partie Broschüren in Beschlag, in welchen dargelegt ist, weshalb die evangelischen Pfarrer die neue Kirchen-Versaffung nicht annehmen wollen. Es soll eine Beleidigung des Staats-Oberhauptes darin enthalten sein.

**München, 29. Juli.** [Der Bischof von Eichstätt, Hr. von Leonrod] hat eine Rundreise zu mehreren deutschen Bischöfen unternommen; der Zweck derselben wird geheim gehalten. Der Bischof befindet sich auf der Rückreise nach Süddeutschland eben bei dem Bischof von Speier zu Besuch.

**Karlsruhe, 31. Juli.** [Städteordnung.] Nach dem neuesten Gesetzesblatt tritt die von dem Landtage während seiner letzten Session beschlossene neue Städteordnung am 1. Januar 1875 in Kraft.

### Frankreich.

**Paris, 29. Juli.** [Zur Intervention in Spanien] schreibt man der „R. Z.“: Die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Carlismen haben hier eine begeisterte Spannung erregt. Die „Republique Francaise“ war das erste Blatt, welches darüber berichtete: sie findet die Sprache der „Nordd. Allg. Ztg.“ „grave“, glaubt übrigens nicht, daß die deutsche Regierung die bestimmte Absicht habe, in Spanien zu interveniren; sie würde es lieber sehen, wenn der Brüsseler

Congress die Frage löste, und zwar durch gemeinschaftliche Anerkennung der Serrano'schen Regierung. Dabei würde eines der achtbarsten Principien des Völkerrechts, das Princip der Nicht-Intervention, aufrecht erhalten werden.“ Die officiöse „Presse“ faßt die Sache an einem andern Standpunkt; sie kommt auf ihren Artikel von vorgestern zurück und bemüht sich, die französische Regierung als unschuldig am Geheiß des Carlismus hinzustellen; sie stützt sich daher namentlich auf die Worte, wodurch die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Art von Anklage gegen England erhebt, daß dieses den Carlismen Kriegsmaterial geliefert habe. Man sieht, sagt sie, daß Lord Russell nur die Schuld seiner eigenen Landsleute vertuschen wollte, als er vor einigen Tagen gegen Frankreichs Haltung klagte. Dagegen ist die „Presse“ sehr zufrieden mit der Antwort Derby's und namentlich damit, daß derselbe eine Anerkennung Spaniens ablehnte. Es folgen einige Redensarten über das Princip der Nicht-Intervention und über die Wünsche Spaniens, allein im eigenen Hause aufzuräumen, und zum Schluß bittet die „Presse“ die liberalen französischen Zeitungen, sie möchten doch jetzt, wo das Ausland die Haltung der französischen Regierung anerkennt (?) ihr nicht im eigenen Lande Angelegenheiten bereiten, indem sie über Madaiillac und Genossen Klage führten. Die letztere Mahnung ist in den letzten Tagen mehrfach von den officiösen Blättern gebracht worden. Die „Gazette de France“ schreibt einen Alarmartikel darüber, daß „das revolutionäre Preußen“ einen Vorwand suche, um dem revolutionären Spanien seinen Beistand und seine Herrschaft aufzubringen! „Mehr als jemals“, schließt derselbe, „sind unsere nationalen Interessen mit dem Triumph des legitimen Königs (Carlos) verknüpft. Ihr Leser seid davon seit lange überzeugt; aber es ist dringend nöthig, daß man es auch anderswo begreife, sonst wird Spanien eine preussische Dependenz.“

[Verschiedenes.] Am Sonntag Abend kam es in einer Kneipe in Saint Denis zu einem blutigen Streit zwischen einem unter dem Namen Jacques bekannten Deutschen und einer Anzahl französischer Arbeiter. Da die letzteren unter dem Ruf: „Nieder mit den Preußen!“ und mit Faust- und Stockschlägen über ihn herfielen, so zog er sein Messer, verwundete fünf Arbeiter und eilte dann auf die Straße. Dort spielte sich der Streit aber fort und Jacques brachte zwei Arbeitern schwere Wunden bei. Die Polizei, welche der Lärm herbeigelockt, verhaftete Jacques alsdann. — Der Sohn des verstorbenen Saint Marc Girardin, gegenwärtig Unter-Präsident in Corbeil, ist zum Cabinetschef des Ministers des Innern, Generals de Chabaud-Latour, ernannt worden. — Die Depechen, welche der mit der Unterjochung betraute Admiral Ribour nach Paris gesandt, sollen für den Gouverneur Neu-Caledoniens sehr ungünstig lauten.

### Spanien.

**Santander, 26. Juli.** [Die Regierungsdecrete zur Unterdrückung des carlistischen Aufstandes. — Vom Kriegsschauplatz. — Hauptmann Schmidt.] Wie die Regierung im Amisblatt mittheilt, haben die jüngst getroffenen scharfen Maßregeln zur Unterdrückung des carlistischen Aufstandes in vielen Theilen des Landes lebhafteste Aeußerungen der Zustimmung hervorgerufen. Viele Leute, schreibt man der „R. Z.“, haben sich den Behörden freiwillig zur Verfügung gestellt, um durch ihre persönliche Mitwirkung zur Niederschlagung des das schöne Land verheerenden revolutionären Waldbrandes beizutragen. Das beweist, daß man wenigstens mit dem Geiste, der diese Verordnungen erfüllt, einverstanden ist, wenn auch im Einzelnen noch mancher schwierige Punkt genauere Bestimmungen bedarf. Am wenigsten ist man mit der den Tagesblättern auferlegten Beschränkung zufrieden. Dieselbe scheint weder hinlänglich motivirt, noch zweckdienlich zu sein. Mit Ausnahme der officiellen carlistischen Blättchen, die einseitigen der Regierung unerschrocken sind, hat die ganze Presse Spaniens sich einer durchaus patriotischen Haltung befleißigt und in ihren „Vom Bürgerkrieg“ überschriebenen Rubriken meist eine löbliche Objectivität gewahrt. Ueber die Bewegungen der Armee aber brauchen die Carlismen sich die Nachrichten nicht erst aus den Zeitungen zu holen. Sie sind über dieselben durch die freiwilligen und über das ganze Land verbreitete Spionage besser informirt, als irgend welcher Kriegscorrespondent, besser als selbst die Offiziere der Armee. Wenn die Maßregel aber den Zweck im Auge hat, das Publikum vor beunruhigenden Nachrichten zu schützen, so dürfte sie eher das gerade Gegentheil erreichen. Denn die Hiobsposten laufen, auch wenn sie nicht gedruckt sind, von Mund zu Mund, und zwar mit allen jenen Vergrößerungen und Uebertreibungen, welche in der Phantasie oder dem Sensationsbedürfnis der Erzähler ihren sehr natürlichen Ursprung haben. Kein Gesetz kann es dem Publikum verbieten, die Geschicke des eigenen Landes erfahren zu wollen, und der Maulkorb, den man den patriotischen Blättern anhängt, wird zur Reclame für die carlistische Wintepresse. Diese aber versteht es sehr gut, unter den Nachrichten vom Kriegsschauplatz die rechte Auswahl in ihrem Sinne und nach ihren Zwecken zu treffen. An einem Punkte hält übrigens die Regierung unverbrüchlich fest. Weder die Gräuelt, die Antonio Dorregaray zu Estella, noch die, welche der bluttriefende Betbruder Lizarraga zu Dlot begangen hat, konnten sie veranlassen, die bis jetzt innegehaltene hochherzige Weise der Kriegsführung zu ändern und auch nur einen der in letzter Zeit in die Hände der Truppen gefallenen Kriegsgefangenen erschießen zu lassen. Ihre beste Revanche ist der Todesstoß, den sich der Carlismus durch seine Gräuelt vor den Augen der ganzen civilisirten Welt gegeben hat. Von sonstigen Kriegsthaten ist wenig zu berichten, was nicht durch den geschwätzigen Telegraphen bereits bekannt geworden wäre. Nur über die jüngste Waffenthat von Miranda habe ich etwas Näheres erfahren. Sie verdient um so mehr Interesse, je schönder es ist, daß die carlistischen Wegelagerer gerade zwischen zwei starken Garnisonen, wie die von Victoria und Miranda und in der Nähe einer so wichtigen Station der Bahn zwischen Burgoß und Saragoza — der beiden gesperrten von Miranda nach Bilbao, der malerischsten von allen, und der nach den Pyrenäen nicht zu gedenken — ihr Unwesen treiben. Die Freiwilligen von Miranda waren, sechzig Mann stark, nach dem Pässe der Conchas durchs Gebirge gezogen. Sie stießen auf ein Bäuerlein, das betäubt mit seinem Köpfein barfuß wandelte. „Wo hin des Weges?“ wird gefragt, und das Bäuerlein erwidert betäubt, daß er seinen Gaul den Carlismen bringen muß, denn thut er's nicht, so ist ihm eine Kugel sicher. Die Voluntarios indessen halten den Mann zurück und erblicken bald vier Carlismen, von denen einer unter ihren Schüssen fällt. Das kleine Gefecht loht aber die übrigen herbei, mehrere Hundert an der Zahl. Die Voluntarios schießen sich eine Weile mit ihnen herum und kehren um einen der Ihrigen ärmer und um zwei erbeutete Hölle reicher nach Miranda zurück. Die Carlismen aber werden nach diesem Strauße weniger Lust zu einem nächtlichen Ueberfall des schönen Stationsgebäudes von Miranda haben. — Es ist mir mit unfäglicher Mühe endlich gelungen, auf der hiesigen Post eines Schreibens der kaiserlichen Gesandtschaft des Deutschen Reiches in Spanien, datirt vom 13. Juli, Madrid, habhaft zu werden. Wie ich aus dieser freundlichen Zuschrift ersehe, hat das Unglück unseres Landesmannes A. Schmidt bei der diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Spanien das tiefste Bedauern hervorgerufen. Bereits am 20. Juni waren die von Schmidt und mir nach Madrid gesandten Pässe und Documente recommandirt nach Lodosa zurückgesandt worden, begleitet von einer amtlichen Bescheinigung der Gültigkeit derselben.

Zugleich hatte unsere Gesandtschaft die Freundlichkeit gehabt, sich auf dem Kriegsministerium die Zustimmung einzuholen, daß unserm Verbleiben beim Generalquartier kein Hindernis in den Weg gelegt werden sollte. Die uns gemachten Schwierigkeiten verdanken der heimlichen und durchaus unmotivirten Bosheit eines spanischen Collegen, des gelegentlichen Berichterstatters des „Imperial“, einer übel berüchtigten und wegen Fälschung von Wechseln hier in Santander gerichtlichen verfolgten Persönlichkeit, ihren Ursprung. Auch ein zweites Schreiben, von unserer Gesandtschaft über die nämliche Angelegenheit am 8. Juli abgesandt, hat sich im trübigen Strudel der spanischen Postverwaltung verloren. Dasselbe Schicksal hat der von dem pariser Freunde und Collegen erwähnte Brief unserer dortigen Gesandtschaft gehabt. Indem ich diese Daten mittheile, hoffe ich das, was in meinem letzten größeren „Briefe aus Spanien“ (von Calahorra, 8. Juli) in einer den mir damals noch unbekanntem Thatsachen nicht ganz entsprechenden Gedankenfolge gesagt worden, in das richtige Licht zu stellen.

### Großbritannien.

\* **London, 29. Juli.** [Adresse aus Sydney an den deutschen Kaiser.] Die Theilnahme an dem Kampfe zwischen Staatsgewalt und Rom, welcher sich seit einiger Zeit nicht allein in Deutschland vollzieht, ist erklärlicher Weise nicht auf die direct berührten Länder beschränkt geblieben. Wo es Katholiken giebt, sind auch Ultramontane darunter, und wo Ultramontane sind, da kann zu jeder Stunde der Kampf in gleicher Weise wie in Deutschland angeregt werden. Es darf nicht Wunder nehmen, daß die Sympathieausdrücke, welche in England dem deutschen Kaiser und dem deutschen Volke dargebracht worden sind, auch in den Colonien einen lauten Widerhall gefunden haben, denn dort beschäftigen genau dieselben Fragen die öffentliche Meinung wie hier. Der Clericalismus sucht sich in den neuen Ländern, wo die weniger entwickelten Verhältnisse einem herrschaftlichen Streben Vorschub leisten, neue Provinzen zu erwerben; allein glücklicher Weise giebt es auch in jenen jungen Staaten Leute, die das Ziel dieses Strebens durchschauen. Mit vielleicht dem lebhaftesten Interesse ist der kirchliche Kampf in Europa in den australischen Colonien beobachtet worden. Die antiultramontane Bevölkerung hat mit Freuden die englischen Sympathie-Rundgebungen verfolgt und beschlossen, hinter dem Mutterlande nicht zurückzubleiben. Erst jetzt treffen die Posten aus Sydney ein, welche über die Aufnahme der Nachrichten von den hiesigen Sympathie-Demonstrationen im Januar berichten. Auch in Sydney ist man zu theilnahmsvollen Rundgebungen geschritten und hat unter Leitung der Großloge der Drangisten von Neu-Süd-Wales eine Adresse an den Kaiser Wilhelm aufgesetzt, welche, kunstvoll auf Pergament ausgeführt und schön illuminirt, durch Vermittelung des deutschen Consuls in Sydney nach Berlin gesandt worden ist. Die Adresse lautet in der Uebersetzung folgender Maßen:

„Er. Kaiserlichen Majestät dem Deutschen Kaiser entbietet die locale Drangisten-Institution von Neu-Süd-Wales ihren Gruß. Sie, die edlen und freisinnigen Gefühle, welche durch den Kampf gegen den Ultramontanismus in Europa und vor Allem in Deutschland in Ihnen wachgerufen worden sind, haben bei uns, obgleich wir als die Antipoden so weit entfernt sind, einen Widerhall gefunden und uns zu erheblicher Ermuthigung gereicht. Derselbe dem Vaterland feindliche Geist, welcher vom Vatican aus eingeströmt ist und welcher in Europa danach strebt, das bürgerliche Recht und die Freiheit von Königen und Völkern zu beschränken, hat auch in diesen südländlichen Colonien nicht verfehlt zu demselben Zwecke seine Kräfte zu spinnen, indem er die äußeren Formen der Freiheit zur Untergrabung der Freiheit selbst mißbraucht und durch eine von ultramontanen Bischöfen geleitete Combination sucht, von widerwilligen Regierungen Unterstützung zu erpressen, welche auf Kosten des Gemeinwohls die päpstliche Macht zu vergrößern bestimmt sind. Gegen diese politischen Umtriebe sehen wir uns genöthigt, ins Feld zu treten, und wir bleiben ferner gerüstet, und das mit gutem Erfolge. Als eine Bürgerpflicht für unsere katholischen Mitcolonisten, daß wir gleich Ew. Majestät für sie wie für uns selbst vollständige Freiheit des Gottesdienstes und vollkommene Gleichheit vor dem Gesetze wünschen, haben wir uns unter dem glorreichen Namen und Andenken Wilhelm's von Preußen vereinigt auf den Ew. Majestät in einem Ihrer Briefe mit gerechter Bewunderung hinzuweisen gerufen, und dem die Engländer, Protestanten wie Katholiken neben Gott ihre religiösen und bürgerlichen Rechte verdanken. Wir danken Ew. Majestät für die Worte, welche uns einen neuen Anstoß gegeben haben. Wir glauben in Ihnen einen zweiten Wilhelm zu sehen, der die alten Feinde des Rechtes in Schach hält; und während wir hier dieselbe Schlacht in kleinem Maßstabe ausfechten, werden wir nicht verfehlen, zu dem König der Könige zu stehen, daß er Ihren Arm mit Macht stärke, Ihr königliches Leben mit Glück segnen und auf Ihrem Throne viele Geschlechter hindurch eine Reihe königlicher Fürsten erhalten möge, welche mit Kraft das Recht wahren und das Unrecht zurückschlagen.“

Unterzeichnet ist die Adresse von S. S. Goolb, Großmeister, R. M. Loy, Vice-Großmeister, W. H. Davis und John M. Gibbon. Bei Besprechung der Adresse äußert sich das orangistische Organ, der „Protestant Standard“:

„Die Deutschen wissen, daß, während ihr Gegner „Verfolgung“ ausruft, es in der ganzen Welt keinen Verfolger giebt, der gleich grausam und unerbittlich ist, wie er selbst. Während der Gegner als „Martyrer der Wahrheit“ Mißgefühl beansprucht, ist er ein Rebell, mit dem nur zu großmüthig, zu nachsichtig umgegangen wird. Er giebt vor, um der Religion willen zu leiden; aber der Vorwand ist offenbar falsch. Denn wo die römische Religion sich nicht anmaßt, über dem Gesetze des Landes zu stehen und in Sachen, die den Staat angehen, Vorschriften zu machen, da ist sie vollkommen frei. Ohne Zweifel und unserer Meinung nach mit Recht sagt Kaiser Wilhelm dem heiligen Vater in Rom und seinen politischen Agenten in Deutschland, daß, so weit ihre Religion nichts als Religion ist, sie auf völlig gleichem Fuße mit allen anderen Bekenntnissen stehen soll, wo sie aber in eine politische Organisation und politische Macht ausartet, er sie biegen und brechen und, wenn das nicht genug ist, aus Deutschland austreiben wird. Unser Gebet geht dahin, daß Kaiser Wilhelm, diesem ganz und gar gerechten, verständlichen und der heiligen Schrift entsprechenden Grundgedanken gemäß handelnd, den Papst Pius eben so besiegen möge, wie er den Kaiser Napoleon besiegt hat.“

A. A. C. London, 29. Juli. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] wurden verschiedene Maßregeln von nicht sehr allgemeinem Interesse in Kurzem erledigt.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] eröffneten die Verhandlungen mit zwei politischen Interpellationen. In Erwiderung auf eine Anfrage des Herrn Sergeant Simon, ob die Regierung zu einem endgültigen Entschlusse betrefis der Absendung eines Repräsentanten zur Brüsseler Konferenz gelangt sei, erwiderte Herr Disraeli: „Wir haben von den Mächten in Erwiderung auf unser Circular befriedigende Mittheilungen erhalten, auf Grund dessen wir uns nicht länger geneigt haben, einen Delegirten zu der Konferenz in Brüssel vorbehaltlich der in den öffentlichen Depechen auseinandergesetzten Bedingungen und Stipulationen zu senden. Wir haben daher General Horsford instruir, der Konferenz beizuwohnen.“

Herr O'Clery erkundigte sich alsdann beim Unterstaats-Secretär für auswärtige Angelegenheiten, ob die Regierung irgend welche Mittheilung von der deutschen Regierung bezüglich der Angabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß das deutsche Geschwader, welches jetzt bei der Inseln stationirt ist, die Bestimmung erhalten habe, sich an die Nordküste Spaniens zu begeben und dort einige Zeit zu kreuzen. Herr Bourke erwiderte: „Ihrer Majestät Regierung hat keine Mittheilung erhalten, ein Ge die deutsche Regierung zu einem positiven Entschlusse gelangt sei, ein Geschwader abzusenden, das an der spanischen Küste kreuzen soll, aber wir haben Grund zu glauben, daß die deutsche Regierung die Thunfischfänger, die eine gewisse Anzahl in diese Gewässer erwägt. Die einzige Mittheilung, die Ihrer Majestät Regierung über den Gegenstand zu machen hat, ist, daß sie vermuthet, der einzige Zweck, den die deutsche Regierung in der Ersetzung dieses Schrittes im Augenmerk hat, sei der, das Leben und Eigenthum von deutschen Unterthanen in Spanien, das in Folge des Bürgerkrieges, der nun in diesem Lande wüthet, gefährdet sein mag, zu schützen.“

Herr Disraeli kündigte die Einbringung des Indischen Budgets für die nächste Montagsitzung an. Der Antrag auf zweite Lesung der Bill,



Berliner Börse vom 31. Juli 1874.

Table with columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, and Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists various exchange rates and stock prices.

Table titled 'Fonds- und Geld-Course' listing interest rates and prices for various government and municipal bonds.

Table titled 'Hypotheken-Certificates' listing mortgage certificates and their respective values and interest rates.

Table titled 'Aussländische Fonds' listing foreign bonds and their market prices.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' listing railway priority stocks and their prices.

Table titled 'Bank- und Industrie-Papiere' listing bank and industrial securities.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' (continued) listing more railway priority stocks.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' (continued) listing more railway priority stocks.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' (continued) listing more railway priority stocks.

Table titled 'Telegraphische Course und Börsennachrichten' listing telegraphic exchange rates and market news.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Berl. Bankverein' and 'Frankf. Bankverein'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Hamburg, 31. Juli' and 'Schluss-Course'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Liverpool, 31. Juli' and 'Schlussbericht'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Petersburg, 31. Juli' and 'Schlussbericht'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Amsterdam, 31. Juli' and 'Schlussbericht'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Breslau, 1. August' and 'Schlussbericht'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Wien, 1. August' and 'Schlussbericht'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'man sich hier in der Schätzung' and 'Berl. Börse'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Wien, 1. Juli' and 'Einnahmen'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Berlin, 31. Juli' and 'Produktenbericht'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Weizen loco' and 'Rübsen'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Paris, 31. Juli' and 'Abends'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Rom, 31. Juli' and 'Der Papst'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Madrid, 31. Juli' and 'Der Saceta'.

Text block containing news reports and market commentary, including mentions of 'Amsterdam, 1. August' and 'Zwei kleine Detailfirmen'.